

Ordnung zu gefährden. Die ungelöste deutsche Frage erschwert die gegenseitige Annäherung, macht sie selbst aber um so dringlicher. In dem Maße, in welchem die Bundesrepublik mögliche Chancen der Entspannung versäumt, verstärkt sich ihre Isolierung. Zwischen antideutschen Reaktionen auf eine solche Haltung und einem daraufhin neu auflebenden deutschen Nationalismus könnte eine bedenkliche Wechselwirkung entstehen. Wenn die Bundesrepublik ihre Probleme gegenüber der DDR, Polen und der Tschechoslowakei, die auch ihr Verhältnis zur UdSSR belasten, nicht zu lösen versucht, wird sich jede aktive Koexistenzpolitik anderer Staaten an ihr vorbeientwickeln. Gerade weil sie spezifische Streitfragen mit Ländern des Ostblocks hat, besitzt sie die Chance, durch deren Lösung den Prozeß der Entspannung zu fördern. Ihre geographische Lage, ihre Bevölkerungszahl und ihr wirtschaftliches Potential legen ihr die Pflicht auf, an der Ordnung des Friedens in Europa aktiv mitzubauen.

Eine Versöhnung der beiden Völker wäre auch notwendig, wenn in absehbarer Zeit weder eine übergreifende Ordnung der europäischen Staatenwelt noch eine wirksame Weltorganisation gelingen sollte. Doch würde eine europäische Lösung die Aufgabe der Versöhnung erleichtern. Die Gebietsprobleme vor allem werden ihre Schärfe verlieren, wenn die Grenzen überhaupt ihre bisherige nationalstaatlich orientierte und trennende Bedeutung verlieren.

Mit der Hochrüstung beider Seiten und der bisherigen Methode der gegenseitigen Drohung totaler Vernichtung des Gegners halten die politischen Mächte das gefährlichste und teuerste

Mittel, Sicherheit zu gewährleisten, aufrecht. Eine erfolgreiche Entspannungspolitik an jedem Spannungspunkt könnte auf lange Sicht auch den Umbau des Sicherheitssystems ermöglichen. Wenn sich die wechselseitige Abhängigkeit und Verzahnung der Interessen in konkreten Fällen objektiv haben feststellen lassen, wird man in zunehmendem Maße darauf vertrauen können, daß der gesicherte Friede durch Kooperation auf vielen Gebieten allmählich in politische Wirklichkeit verwandelt werden kann.

Die deutsch-polnische Spannung blockiert eine solche Umorientierung der Sicherheitspolitik an einer entscheidenden Stelle. Damit fällt beiden Seiten eine große Verantwortung zu, und zwar nicht nur für ihren eigenen Bereich und die europäische Umwelt. Die Europäer müssen sich von ihren inneren Streitigkeiten auch deshalb befreien, um sich auf die Weltaufgabe konzentrieren zu können: den Völkern der südlichen Hemisphäre in ihren Anstrengungen beizustehen, ihre Länder zu entwickeln.

Die Verfasser dieses Memorandums haben sich zur Veröffentlichung ihrer politischen Erwägungen und Empfehlungen entschlossen, weil ihnen die Lethargie der deutschen Öffentlichkeit, gerade auch die der Katholiken, als das größte Hindernis einer Arbeit am Frieden erscheint. Die Menschen und unter ihnen die Christen sind nicht dazu aufgerufen, historische Prozesse zu erdulden, sondern in sie einzugreifen. Eine solche Tat war die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe. Um Frieden zu schaffen, bedarf es der schöpferischen Phantasie und des beherzten Mutes vieler; der Christen an erster Stelle.

## Studie über die Friedensaufgaben der Deutschen

*Wenige Tage nach der Publikation des Memorandums des Bensberger Kreises wurde von der Kirchenkanzlei der EKD in Hannover die Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung über die Friedensaufgaben der Deutschen veröffentlicht. Auch diese Studie löste wie seinerzeit die Vertriebenenendekskript und das Memorandum des Bensberger Kreises eine lebhaft diskutierte Diskussion aus, auch wenn die Debatte darüber etwas ruhiger verlief. Auch diese von Persönlichkeiten aus beiden Teilen Deutschlands erarbeitete Studie stellt kein amtliches Dokument der Kirchenleitung dar.*

### I. Kirchlicher Auftrag

Der deutsche Protestantismus ist durch eine lange Geschichte im Guten wie im Bösen mit dem politischen Weg Deutschlands verbunden. Diese Verbundenheit wurde durch die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges noch vertieft, zumal die Evangelische Kirche ihren Anteil an Schuld und Verstrickung des deutschen Volkes nicht leugnen kann. Im Bewußtsein ihrer Mitverantwortung ist die Evangelische Kirche in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht müde geworden, auf einen Frieden für das deutsche Volk und für die Deutschen untereinander hinzuwirken.

Dieser Dienst der Kirche muß und kann tiefer begründet werden als mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten der inneren und äußeren Situation des deutschen Volkes. Er folgt vielmehr aus dem Auftrag des Evangeliums, der den Dienst am Nächsten einschließt. Es würde dem Zeugnis der Heiligen Schrift, der geschichtlichen Erfahrung der Christenheit und den heutigen Erkenntnissen der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen aller Konfessionen widersprechen, wollte sich die Evangelische Kirche in Deutschland um der Verkündigung des reinen Evangeliums willen auf die Botschaft vom persönlichen Heil der Menschen beschränken, wie ihr manchmal angeraten wird. Die Verkündigung des Wortes Gottes hat es immer mit

Menschen zu tun, die unter bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen leben. Zum kirchlichen Dienst gehört daher auch eine Bemühung um die sittlichen und menschlichen Bedingungen des Zusammenlebens der Menschen in Staat und Gesellschaft und einer auf den Frieden gerichteten Völkerordnung.

Der EKD ist dieser Dienst heute im politisch gespaltenen Deutschland aufgegeben. Sie muß sich dabei in der Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als eine unabhängige Institution verstehen, die sich nach beiden Seiten hin für eine kritische Solidarität offenhält. Dabei muß sie hinreichend konkrete Beiträge leisten, die Vernunft und Gewissen der verantwortlichen Politiker zu treffen vermögen, ohne die Grenzen in die Tagespolitik hinein mit Einzelratschlägen zu überschreiten.

Im Zentrum der deutschen Aufgaben steht die Suche nach einem Frieden unter den Deutschen. Das bedeutet, daß die Deutschen auch im Verhältnis zu allen anderen Völkern, vor allem ihren Nachbarn und ehemaligen Kriegsgegnern, Frieden gewähren und erhalten. Die deutsche Frage läßt sich jedoch nicht isoliert lösen, sie ist mit den Friedensaufgaben in Europa und der Welt eng verknüpft. An der Verantwortung für diese Aufgaben haben die Deutschen Anteil. Wenn sie ihre Verantwortung dafür wahrnehmen, fördern sie auch ihre eigene Sache.

In diesem Rahmen muß sich auch ein kirchlicher Beitrag bewegen. Dabei ist sich die Kirche bewußt, daß es keinen in ihrer Macht stehenden Sonderweg zum Frieden und zur Lösung politischer Streitfragen gibt. Auch das kirchliche Wort zu politischen Aufgaben muß die Instrumente und Bedingungen politischen Handelns berücksichtigen. Doch kommt es darauf an, als die Motive öffentlicher Mitverantwortung der Kirche den Dienst am Menschen in Liebe und Versöhnung erkennbar zu machen. Aus Liebe und Versöhnungsbereitschaft allein lassen sich politische Aufgaben nicht lösen; aber sie müssen als mitgestaltende Faktoren so geltend gemacht werden, daß auch die politische Vernunft sie als unentbehrlich erkennt.

## II. Weltweite Aufgaben

(1) Der Weltfriede — hier verstanden als Abwesenheit von Krieg — beruht heute auf der Erkenntnis, daß die Durchsetzung politischer Ziele mit allen militärischen Mitteln zum Selbstmord führt. Denn der Angegriffene hat auch nach dem ersten Schlag des Angreifers noch die Kraft zur mehrfachen Vernichtung des Lebens im gegnerischen Gebiet. Das Gleichgewicht der Abschreckung zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR bewirkt den Weltfrieden. Es ist in seiner Wirkung auf Europa zwiespältig und in sich selbst labil.

a) Die letzte Entscheidung über den großen Krieg liegt heute allein in der Hand beider Weltmächte. Die Völkerordnung weist allenfalls noch formal die Gleichheit auf, wie sie das 19. Jahrhundert kennzeichnet und auch noch in der Charta der Vereinten Nationen grundsätzlich vorgesehen ist. Der Vorsprung der Weltmächte bringt ihnen einen Vorrang an Pflichten. Dazu gehören nicht nur Rüstungsbeschränkungen und entsprechende Kontrollen, sondern vor allem eine umfassende Friedenskonzeption für die Welt. Die anderen Völker sind dabei unentbehrliche Partner. Wenn sie in diesem Bewußtsein an einer sich wandelnden Völkerordnung positiv mitarbeiten und die heutige Phase als ein Stück des Weges zur Weltinnenpolitik ansehen, können sie sich von überholten Positionen uneingeschränkter Souveränität aus den früheren Epochen leichter lösen. Sie werden bedenken müssen, daß sich jeder örtliche Krieg mit konventionellen Waffen, jeder Bürgerkrieg und jede Subversion zum Konflikt zwischen den Weltmächten und damit zum Weltkrieg ausweiten kann.

b) Die zwiespältige Wirkung des Gleichgewichts besteht u. a. darin, daß es in Europa den militärischen Frieden stabilisiert, zugleich aber durch Konfrontation der Weltmächte die Spaltung Europas befestigt und damit eine nachhaltige Entspannung behindert. Politische Lösungsversuche gegen den Willen einer der beiden Weltmächte erscheinen aussichtslos. Doch sollte dies die europäischen Staaten in Ost und West veranlassen, Querverbindungen zum Zweck der Friedenssicherung zu suchen.

c) Das gegenwärtige Gleichgewicht ist labil. Es kann im Rüstungswettlauf durch dritte Mächte in Frage gestellt werden. Noch größer ist die Gefahr des Ungleichgewichts durch den Rüstungswettlauf der Weltmächte selbst, der den großen Krieg wieder möglich machen kann (Beispiel: ABM-System). Bindende weltweite Lösungen sind daher auf die Dauer unausweichlich.

(2) Die größte Aufgabe der kommenden Zeit ist der soziale Weltfrieden. Die Völker der Dritten Welt sind heute in den Kampf um ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit eingetreten; sie suchen neue gesellschaftliche Ordnungen und sehen sich zugleich von einer Hungerkatastrophe noch nie erlebter Ausmaße bedroht. Diese Hungerkatastrophe hängt zusammen mit dem Mißverhältnis von rapider Bevölkerungszunahme und sich erst langsam entwickelnden Produktivkräften. Wertvolle kulturelle und religiöse Traditionen stehen unabweisbaren Modernisierungen vielfach im Weg.

In dieser Lage wird das Verhalten der Industrienationen zu den Völkern der Dritten Welt für den sozialen Weltfrieden entscheidend sein. Die Industrienationen stehen vor höchsten Anforderungen. Solidarität mit den Notständen ferner Menschen erfordert neue Vorstellungskraft. Sie käme zu spät, wenn sie als letztes Mittel der Selbstverteidigung der reichen Völker erschiene. Die drohende Unlösbarkeit des Gesamtproblems darf nicht zur Resignation führen. Der Entwicklungsbeitrag, der von den Industrieländern geleistet werden muß, darf nicht eine laufende Almosenzahlung sein, sondern muß die Befähigung zur Selbsthilfe fördern. Daher muß er langfristig die Modernisierung des ganzen Lebens der jungen Staaten von der Landwirtschaft über eine angemessene Industrialisierung bis zum Bildungswesen umfassen. Bis dahin aber ist eine schnell anwachsende materielle und personelle Hilfe erforderlich, die den reichen Ländern keine geringeren Anstrengungen abverlangt als moderne Kriege.

Ein weltweiter Lastenausgleich ist nur möglich, wenn die vorhandenen Quellen nicht versiegen, sondern stärker fließen. Die erforderlichen Mittel werden den Industrienationen nur zur Verfügung stehen, wenn sie in ihrer eigenen Gütererzeugung immer leistungsfähiger werden. Dies ändert aber nichts daran, daß die Mittel für wirksame Hilfe vornehmlich aus dem Aufwand freigesetzt werden müssen, der gegenwärtig der Erhaltung und Steigerung der militärischen Schlagkraft der feindlichen Lager innerhalb der Industrienationen dient.

Diese Umdispositionen sind auf die Dauer auch aus Sicherheitsgründen nötig. Sie müssen behutsam und ohne nachhaltige Gefährdung des militärischen Gleichgewichts gefördert werden. Langsam muß aus dem politischen Wettbewerb der beiden Lager in der Dritten Welt eine Kooperation entstehen, ohne die keine ernsthafte Chance für den sozialen Weltfrieden besteht.

Die Aufgabe der Industrienationen gegenüber den Entwicklungsländern erschöpft sich nicht in verschiedenen Formen der Hilfe. Sie zielt vielmehr auf volle politische Partnerschaft.

## III. Gemeinsame Aufgaben in Europa

Die Friedenssicherung wird zur beherrschenden gemeinsamen Aufgabe in einer Welt, die als Gefahrengemeinschaft und als zivilisatorische Einheit langsam zusammenwächst. Neben den beiden Weltmächten kommt diese Aufgabe auch einzelnen Regionen der Erde zu, deren Staaten durch geographische Lage, Entwicklungsstand und kulturelle Gemeinsamkeit einander zugeordnet sind. Europa bildet eine solche Region, nicht als Bereich vollzogener politischer Einigung und gesellschaftlicher Gleichförmigkeit, aber als Zone gemeinsamer Gefahren und Interessen. Es gilt, aus solchen objektiven Übereinstimmungen gemeinsame Funktionen zu entwickeln, die den Frieden und das Zusammenleben auch dann fördern, wenn politische Streitigkeiten untereinander noch nicht überwunden sind.

Die europäische Region bildet sich aus Nationen und ihren Zusammenschlüssen. Die UdSSR hat einerseits an den Aufgaben der Region Europa eigenen Anteil; andererseits ist sie in ihrer Eigenschaft als Weltmacht ebenso wie die USA Partner Europas. Eine Beschreibung von Aufgaben der Region setzt eine Verständigung über die Rolle der Nation voraus.

(1) Der souveräne Nationalstaat als oberster politischer Wert fand seine letzte konsequente Ausgestaltung in Europa 1919. Er ist erfolglos geblieben,

— weil er sich absolut setzte, die Kräfte der gegenseitigen Zerstörung mobilisierte und damit den Übergang der Führung im politischen Kräftefeld auf die beiden Weltmächte einleitete,

— und weil er den Anforderungen auf den Gebieten der Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheit heute nicht mehr gewachsen ist.

(2) Nach 1945 setzte sich daher die Erkenntnis durch, daß es notwendig sei, die europäischen Nationalstaaten in größere Einheiten einzuordnen. Dieser Versuch hat bisher sein Ziel nur teilweise erreicht, weil er

— dem Bewußtsein der Völker vorseilt und die noch immer unersetzbaren Funktionen der Nation in der Staatsführung und gesellschaftlichen Integration unterschätzte,

— und weil er sich zu sehr auf die ideologisch bestimmte und der gegenseitigen Bekämpfung dienende Blockbildung stützte. Innerhalb dieser Blöcke haben sich mittlerweile manche nationalen Bindungen gegenüber den ideologischen als stärker erwiesen. Das nationale Interesse hat einerseits zur bilateralen Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg geführt und andererseits Gegensätze innerhalb der Blöcke neu belebt.

(3) Für die nächste Phase ist also davon auszugehen, daß die Nation noch politische Wirklichkeit ist. Sie ist keine unabänderliche Schöpfungsordnung, sondern historisch geworden. Der unabhängige Nationalstaat, der ohne Verpflichtung für übernationale friedliche Ordnungen nur seine eigenen Ziele verfolgt, ist für uns endgültig überholt. Aber die völlige Ver-

neinung der Nation ist historisch, politisch und gesellschaftlich ebensowenig realistisch. Die Völker in Europa wollen noch immer in eigener Verantwortung sie selbst im Sinne von Nation sein. Sowie sie in ihrem eigenen Bewußtsein aufgehört haben, Subjekt zu sein, so unentbehrlich sind sie als Träger von Funktionen, als Bausteine und Ordnungsfaktoren einer größeren Einheit. Es gibt keine Zukunft für eine Nation, die den Frieden und die gemeinschaftlichen Aufgaben im internationalen Rahmen nicht respektiert und fördert. Aber es werden bis auf weiteres auch keine Friedensordnungen und Gemeinschaftswerke gelingen, die sich nicht auf die Nationen als lebendige Gemeinwesen stützen können. Die Nation ist in unserer Zeit geprägt durch

- gemeinsame Geschichte, in den meisten Fällen auch durch gemeinsame Sprache, Kultur und Lebensgewohnheiten;
- gemeinsame Grundwerte, die sich freilich nicht von denen anderer Nationen unterscheiden müssen, sondern den Weg zur werdenden Gemeinschaft aller Menschen ebnen können;
- das Bewußtsein gemeinsamer Aufgaben für eine gemeinsame Zukunft.

Als Nation suchen wir gemeinsame Antworten auf gemeinsame Geschichte (Haftungsgemeinschaft). Da die Nation primär der Ort zur Verwirklichung gemeinsamer Grundwerte ist, geschieht in ihr die Integration der gesellschaftlichen Gruppen zu staatlicher Tätigkeit nach innen und außen. Dazu gehört auch der Schutz des eigenen Platzes in einer friedlichen Völkerordnung und der Beitrag zur Behebung von Notständen und Friedensgefährdungen.

(4) Es mehren sich die Aufgaben, als deren Träger die Nation allein nicht mehr ausreicht. Sowie die vielen Menschen und Gruppen ohne Vermittlung durch ihre Nationen den Weg zu größeren Einheiten gehen können, so wenig können die vielen Nationen ohne Vermittlung durch regionale Gebilde den Aufgaben des technischen Zeitalters im Zuge der sich bildenden Weltgemeinschaft gerecht werden.

Zu den gemeinsamen Aufgaben für Europa gehören:

a) ökonomische, technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Die Erfordernisse der Beschäftigung und Produktion, der Investitionen und des Absatzes führen zwingend zu einem großen, die nationalen Grenzen überspringenden Markt, der sich nach außen nicht abkapseln darf. Dies schließt einen gemeinsamen Arbeitsmarkt und eine abgestimmte Wirtschafts- und Handelspolitik ein. Auch die Entwicklungspolitik gegenüber der Dritten Welt erfordert dringlich eine enge Zusammenarbeit. Die jüngsten Verhandlungen im GATT haben die Stärke Europas gezeigt, die es in weltweiter Verantwortung einzusetzen gilt.

Auf dem Gebiet der zivilen Technologie sind die europäischen Nationen zur Zusammenarbeit genötigt. Sie erstreckt sich auf die wissenschaftlichen Großprojekte, die der Energie, der Luft, dem Wasser und anderen Gebieten gelten. Auch die Verkehrspolitik und Raumplanung in der Grenz Nachbarschaft gehören unabhängig vom Ausmaß der politischen Übereinstimmung der Nachbarn dazu. Vom Erfolg der Kooperation in der Ausbildung, der Forschung und den Großprojekten wird die Fähigkeit Europas, auf den Weltfrieden einzuwirken, maßgeblicher als von seinen militärischen Rüstungsanstrengungen beeinflusst werden.

b) Ausreichende Friedenssicherung in Europa ist vorläufig nicht ohne Präsenz der beiden Weltmächte möglich. Diese birgt aber auch Gefahren in sich, sei es durch Unfälle atomar gerüsteter Streitkräfte, Überraschungsangriffe oder die Einbeziehung Europas in außereuropäische Konflikte der Weltmächte. Die zentraleuropäischen Völker leben entlang der Demarkationslinie in besonderem Maße in einer Gefahrengemeinschaft. Die daraus entstehenden gemeinsamen Interessen sollten dazu anspornen, über die Blockgrenzen hinweg Maßnahmen der Friedenssicherung zu treffen, auch solange die ideologischen und politischen Differenzen noch nicht überwindbar erscheinen. Dazu gehören Gewaltverzichtserklärungen, heiße Drähte zwischen den Nachbarn

oder der Austausch von Manöverbeobachtern. Die militärischen Rüstungen in Europa und damit auch die Streitkräfte der beiden Weltmächte in dieser Region lassen sich um so eher vermindern, je besser es den europäischen Nationen gelingt, den dadurch freier werdenden Spielraum ohne Gefährdung des Gleichgewichts durch parallele und später gemeinsame Maßnahmen der Sicherheitspolitik auszufüllen.

c) Zum Wichtigsten gehört die gemeinsame geistige Aufgabe für die Europäer.

In Europa ist eine Vielfalt von Traditionen lebendig. Der Dialog zwischen ihnen ist unerlässlich. Er ist gegenwärtig durch die Ost-West-Spaltung teils gehemmt, teils einseitig fixiert. Er muß nicht nur zwischen Christentum und Marxismus geführt, sondern auch zwischen der abendländischen und der morgenländischen Tradition, zwischen den christlichen Konfessionen und zwischen Christentum und aufgeklärtem Atheismus intensiviert werden.

Der rasche Wandel der Welt, an dem der europäische Geist einen hohen Anteil hat, zwingt uns Europäer nicht weniger als die Völker anderer Kulturen und Kontinente zur Selbstkritik an den eigenen Überlieferungen. Er fordert, daß wir uns von bestimmten Anschauungen der Welt und der Rolle des Europäers in ihr lösen und auf neue Fragen neue Antworten finden. Die von uns mitgeschaffenen Machtmittel müssen für ein menschenwürdiges Leben in den reichen und in den armen Ländern nutzbar gemacht werden. Auch erwarten die Völker der jungen Staaten gerade von den Europäern, daß sie zeigen, wie Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung und Ideologie gemeinsame Aufgaben anpacken können und wie der Wettbewerb zwischen Gesellschaftssystemen zum nachbarlichen Dialog über exemplarische Lebensformen und damit vielleicht auch zu einer langsamen Annäherung der Systeme führt.

(5) Die gemeinsamen Aufgaben erfordern für Europa auf die Dauer zwingend gemeinsame Institutionen. Die bereits bestehenden internationalen Zusammenschlüsse können hierzu als Vorstufe dienen; sie haben sich als wandlungsfähig erwiesen und lassen ideologische Akzente immer mehr zurücktreten. Sie machen die beteiligten Nationen zunehmend mit der Wirkungsweise und dem Nutzen internationaler Institutionen vertraut. Bilaterale Annäherungen zwischen Ost- und Westländern können multilaterale Regelungen gut vorbereiten.

Je besser die Kooperation zwischen den Nationen und ihren schon vorhandenen Zusammenschlüssen wird, desto eher lassen sich daraus die notwendigen gemeinsamen Institutionen entwickeln.

Zusammenschlüsse in Europa werden immer mehr Aufgaben der Nationalstaaten übernehmen. Vorläufig werden aber in Europa die Nationen als Ordnungselemente unentbehrlich sein. Weder die europäischen Nationen noch ihre Zusammenschlüsse werden die Wiederherstellung des vollsouveränen Nationalstaates oder die Bildung eines ideologischen Blockes zum Ziel haben. Sie müssen sich vielmehr als notwendige Träger politischer Funktionen in einer werdenden Weltgemeinschaft verstehen.

#### IV. Der Beitrag der Deutschen

Welchen Beitrag zur Friedenssicherung können wir als Deutsche leisten? Das führt zur Vorfrage: In welchem Sinne und in welchem Rahmen gehören wir als Deutsche zusammen? Oder ist der Friede am besten gesichert, wenn die Deutschen sich trennen?

##### 1. Geschichte

Das deutsche Volk hat es wegen seiner zentralen, nach allen Seiten offenen Lage in Europa und als Träger des mittelalterlichen Reichsgedankens, der seine Kräfte überforderte, schwerer als andere Völker gehabt, seine politische Einheit in einem festen staatlichen Rahmen zu finden. Die Schwäche der königlichen Gewalt, der die römische Kaiserkrone Glanz, aber auch

übermäßige Lasten brachte, gab in der feudalen Ordnung allen partikulären, nach Unabhängigkeit strebenden Kräften der vielen Fürsten und Herren Auftrieb und Raum zur Verselbständigung ihrer Herrschaftsgebiete. Das Reich zerfiel; am Ende der Glaubenskämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts mit ihren schweren Schäden blieb von ihm nicht viel mehr als ein loser Bund halbsovereiner Territorialfürsten. So hat das deutsche Volk in seiner reichen Geschichte viel später als die meisten Völker Europas vor knapp 100 Jahren zur vollen staatlichen Einheit gefunden. Nach den vergeblichen, aber für die deutsche Geschichte hochbedeutsamen Versuchen des Jahres 1848 entstand erst das Bismarcksche Deutsche Reich als vollsovereiner, föderativer Nationalstaat. Diese Lösung entsprach dem Zeitgeist und den Wünschen der Mehrzahl im Volk, das sich schon seit den Napoleonischen Kriegen mehr und mehr seiner Einheit bewußt geworden war. Sie wurde auch von den Nachbarvölkern als Ergebnis einer natürlichen Entwicklung empfunden und politisch als ein Schritt zur Ordnung in Zentraleuropa akzeptiert. Im deutschen Nationalbewußtsein fehlte zur Willensgemeinschaft der Staatsbürger freilich die ausreichende Demokratisierung. Arbeiterbewegung, linke Liberale und auch der katholische Volksteil gerieten in Widerspruch zur inneren Ordnung des damaligen Deutschen Reiches. Die Spaltung zwischen Nationalbewußtsein und Demokratie hat später mit dazu beigetragen, den Weg für den Nationalsozialismus zu ebnen und die Überwindung der Zerrinnung Deutschlands nach 1945 zusätzlich zu erschweren. Eine politische Gemeinschaft unter den Deutschen wird nur möglich sein, wenn diese Spaltung vollends überwunden wird. Dessenungeachtet ist es 1871 zu einer deutschen Einheit gekommen, die die Deutschen seither freiwillig nicht aufgegeben haben, auch nicht am Ende des Zweiten Weltkrieges.

## 2. Zusammengehörigkeit der Deutschen heute

Die Geschichte, zumal die deutsche, liefert genügend Beispiele dafür, daß Abspaltungen möglich sind und auf dem alten Boden mehrere Nationen entstehen können. Dennoch sprechen die folgenden Tatsachen für die Fortdauer nur einer deutschen Nation:

- a) Die heutige Trennungslinie zwischen den beiden Teilen Deutschlands folgt weder einer eindeutigen geographischen oder stammesmäßigen noch einer geschichtlichen Grenze; sie ist willkürlich gezogen und zerreißt alte menschliche, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge. Darum lebt auch im Volke bis heute ein elementares Bewußtsein zusammenzugehören. Es ist stärker als die Gegensätze, die von der Zugehörigkeit beider Teile zu grundverschiedenen Systemen gesellschaftlicher und politischer Ordnung ausgehen. Dieses Bewußtsein äußert sich im Verlangen nach ungehinderter Kommunikation auf allen Gebieten. Verwandten- und Freundesbesuche, Jugendfahrten und wissenschaftliche Kontakte, künstlerischer Austausch und Sportreisen, Wirtschaftsbeziehungen und kritisch-lebhafte Anteilnahme am Rundfunk und Fernsehen sind trotz aller Behinderungen Zeichen der wechselseitigen Abhängigkeit. Wie stark beide Teile aufeinander bezogen sind, äußert sich auch in der besonderen Form des Wettbewerbs untereinander und im Ärger und der Enttäuschung über das Versagen des anderen. In der Neigung auf beiden Seiten, die Gegensätze ins Grundsätzliche zu wenden und sie damit zu verhärten, statt sie pragmatisch zu überbrücken, zeigt sich hüben und drüben die gleiche Denkweise. Gerade in ihren Gegensätzen kommen die beiden Teile nicht voneinander los. Das Bewußtsein von der Ferne des anderen Teils ist Ausdruck einer inneren Nähe, die es den Menschen in beiden Teilen unerträglich macht, den anderen irgendeinem Nachbarn oder einem beliebigen Ausland gleichzusetzen. Beide Regierungen sprechen daher auch von einer deutschen Nation.
- b) Die bis 1945 gemeinsam erlebte Geschichte läßt sich in ihren Höhen und Tiefen nicht auslöschen. Beide Teile wurzeln

in dieser Geschichte und können sich von ihr nicht lossagen, auch wenn sie es wollten. Beide haften für die Folgen der selbstverschuldeten Katastrophe von 1933 bis 1945. Beide staatlichen Ordnungen versuchen, wenn auch auf verschiedene Weise, eine politische und geistige Antwort auf den Nationalsozialismus zu geben.

- c) Beide Teile verbindet das gemeinsame geistige Erbe in Sprache und Dichtung, in Religion, Kunst und Recht, in Wissenschaft und Philosophie. Cusanus und Luther, Bach und Beethoven, Kant und Hegel, Goethe und Schiller und viele andere Gestalten unserer Kulturgeschichte gehören nicht nur auf die eine oder die andere Seite des heute geteilten Landes. Sie haben Karl Marx und Bert Brecht ebenso geprägt wie Alfred Delp und Dietrich Bonhoeffer. In Bamberg und Naumburg, in Speyer und Magdeburg, in Lübeck, Rostock und Stralsund stehen die Zeugnisse ein und derselben Kultur, ihr geistiger und religiöser Gehalt wirkt in die Gegenwart hinein. Erst recht gilt das von der Reformation, die vor 450 Jahren von Wittenberg ausging und die bis heute, oft in säkularisierter Gestalt, als lebendige Kraft in allen Lebensbereichen des deutschen Volkes spürbar ist.
- d) Die Deutschen gehören auch im Bewußtsein der anderen Völker zusammen. Diese Völker verbinden damit Befürchtungen, Erwartungen und Hoffnungen. Der gegenwärtige politische Zustand der Fehde zwischen zwei deutschen Regierungen erfüllt sie mit Sorge. Andererseits empfinden unsere Nachbarvölker die Vorstellung eines neuen vollsovereänen deutschen Zentralstaates mit 75 Millionen Einwohnern und mit dem kombinierten Wirtschaftspotential der beiden, in ihren Blöcken jeweils zweitstärksten Industrie- und Handelsländer als nicht minder bedrohlich. Deshalb erhoffen sie politische Lösungen, welche die Deutschen in größere Zusammenhänge einbinden, ohne ihnen die Identität als ein zusammengehöriges Volk zu rauben.
- e) Auch aus den Sorgen und Hoffnungen der Nachbarn ergibt sich also die Notwendigkeit und Chance für die Deutschen, gemeinsam zur Befriedung Europas beizutragen. Sind die Deutschen durch ihre Lage im Zentrum Europas von seiner Spaltung am meisten betroffen, so hängt es auch von der Kraft ihres Zusammenhaltes und ihrer politischen Einsicht am stärksten ab, ob sich die Spaltung Europas schrittweise überwinden läßt. Nationen in allen Teilen Europas haben ein Lebensinteresse nicht nur daran, daß Europa in Zukunft von einer neuen deutschen Gefahr bewahrt bleibt, sondern auch daß die beiden Teile Deutschlands das allmähliche Zusammenwachsen Europas fördern, anstatt es durch ihren Gegensatz zusätzlich zu hindern. Es gibt kein befriedetes Europa ohne ein befriedetes Deutschland, wie es kein befriedetes Deutschland ohne Friedensordnung in Europa gibt.

## 3. Gemeinsame Grundwerte und Aufgaben

Zum Nationalbewußtsein gehört wesentlich das Bewußtsein einer eigenen Verantwortung der Nation und ihrer Bürger, die nicht auf andere Völker übertragen werden kann. Es konzentriert sich auf gemeinsame Grundwerte und gemeinsame Aufgaben. Sollen die beiden Teile Deutschlands wieder zueinander finden, so müssen solche Grundwerte und Aufgaben für die überwiegende Mehrheit der Bürger beider Teile verständlich und annehmbar sein. Andererseits brauchen sie sich nicht durchgehend von den Grundwerten und Aufgaben anderer Völker zu unterscheiden. Die Zukunft Europas fordert vielmehr geradezu, daß in seinen Völkern das leicht zur nationalistischen Überheblichkeit verleitende Bewußtsein der eigenen Besonderheit mehr und mehr hinter dem zurücktritt, was von ihnen gemeinsam gewußt und bekannt werden kann.

Die Deutschen hatten wenig Gelegenheit, an den Wendepunkten ihrer Geschichte sich die für ihr nationales Selbstverständnis wesentlichen Grundwerte bewußt zu machen und durch alle Wechselfälle durchzuhalten. Das war lange die Ursache politi-

scher Schwäche; es ermöglicht aber auch einen neuen, gemeinsamen Anfang im Zeichen künftig gemeinsam verbindlicher Werte. Als solche Werte, in denen sich die Deutschen zusammenfinden können, seien der Frieden, die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität genannt. Alles, was heute schon von einem der beiden Teile Deutschlands im Sinne dieser Werte praktisch getan werden kann, geschieht darum für alle Deutschen, auch soweit es nicht unmittelbar der Zusammenführung der Deutschen zu einer politischen Gemeinschaft dient.

- a) Die Deutschen sind es ihrer Geschichte nicht weniger als ihren Nachbarn und ihrer eigenen Zukunft schuldig, den Grundwert des Friedens unter den Völkern und der Welt als die wichtigste Basis ihrer Gemeinschaft zu betrachten. Das hat sich in jeder Phase unserer Geschichte neu zu bewähren. Heute folgt daraus als gemeinsame Aufgabe die aktive Teilnahme an friedenssichernden Maßnahmen, insbesondere der gleichgewichtigen Abrüstung, der Streitkräfteverdünnung und Rüstungskontrolle, dem Abbremsen des atomaren Rüstungswettlaufs und der Nichtverbreitung atomarer Waffen, der Verhütung von militärischen Unfällen und Überraschungsangriffen, dem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und bei anderen Schritten zu einer europäischen Friedensordnung.
- b) Auf den Frieden beziehen sich Freiheit, Gleichheit und Solidarität, um die wir uns als Deutsche bemühen. Freiheit soll dem Einzelnen und den Gruppen in der Gesellschaft ein Höchstmaß an Entfaltungsspielraum gewähren und sich in der Verantwortung für das Ganze bewähren. Gleichheit bedeutet Rechtsgleichheit und gleiche Startchancen für jeden. Nach allem, was anderen Völkern im deutschen Namen angetan wurde, nach der Vertreibung vieler Millionen Deutscher aus ihrer Heimat und nach der Wiederaufbauhilfe, die Deutschen von ehemaligen Gegnern gewährt wurde, sind wir in besonderem Maße zur Solidarität und brüderlichen Mitverantwortung aufgerufen. Wo diese Solidarität geübt wird, innerhalb eines der beiden Teile Deutschlands, zwischen ihnen, gegenüber ihren Nachbarn, vor allem aber gegenüber den Entwicklungsländern, geschieht dies im Namen und Interesse der Deutschen und dient dem Frieden.

#### 4. Voraussetzung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen

Die Herstellung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen ist denkbar und als friedensfördernder Schritt anzustreben. Sie muß Ausdruck dafür werden, daß die menschlichen, kulturellen und politischen Bindungen zwischen den beiden deutschen Teilen stärker sind als die der beiden Teile zu ihren jeweiligen Nachbarn. Zu ihren Voraussetzungen gehören:

- a) Die Verwirklichung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen in der BRD, in der DDR und in beiden Teilen Berlins sollte nicht durch Auseinandersetzungen über Gebiete behindert werden, die zum Deutschen Reich gehörten, heute aber kaum mehr von Menschen deutscher Sprache bewohnt sind.
- b) Die Wiederherstellung voller nationalstaatlicher Souveränität sollte nicht angestrebt werden. Ziel muß eine europäische Ordnung sein, die auf Zusammenarbeit ihrer Glieder unter erheblichen Souveränitätsverzichten und ohne hegemoniale Übergewichte angelegt ist. Nur in diesem Rahmen erscheint eine politische Gemeinschaft der Deutschen möglich und sinnvoll.
- c) Der Weg zu diesem Ziel wird lang und beschwerlich sein. Während dieser Zeitspanne werden wir mit der Existenz zweier politischer Ordnungen rechnen müssen. Ihr Verhältnis zueinander muß vom Gegeneinander des Kalten Krieges wegführen und über ein geregeltes Nebeneinander zum konstruktiven Miteinander hinleiten.
- d) Ein Neben- und Miteinander der beiden Teile Deutschlands würde erleichtert, wenn in ganz Deutschland die

Stimmen aller Parteien legal Gehör finden, die gegenwärtig im deutschen Bundestag und in der Volkskammer der DDR vertreten sind. Ohne die Mitwirkung dieser Parteien ist der Weg zur Errichtung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen kaum denkbar.

- e) Die politische Gemeinschaft ist zur Zeit nur vorstellbar, wenn sie einen betont föderativen Charakter haben wird, da die Sozialstruktur in beiden Teilen Deutschlands verschieden ist, eine Annäherung längere Zeit braucht und Veränderungen noch lange von der Entscheidung des jeweils betroffenen Teiles mit abhängig sein müssen.
- f) Die jeweiligen Formen der gemeinsamen Einrichtungen richten sich nach dem Stand der fortschreitenden Zusammenarbeit.

#### 5. Nebeneinander und Miteinander der Deutschen heute

Damit die Deutschen auf der Basis ihrer Grundwerte ihren gemeinsamen Aufgaben gerecht werden können, geht es vorerst darum, zwischen den beiden Teilen ein geordnetes Nebeneinander herzustellen. Beide Teile Deutschlands müssen sich zunächst als vorläufige politische Ordnungen ansehen.

- a) Die zwischen beiden Teilen Deutschlands wünschenswerte Kooperation verlangt Beziehungen zwischen den Partnern in angemessenen Rechtsformen. Sie sollen dazu dienen, den Weg zu einer politischen Gemeinschaft der Deutschen zu ebnet. Solche politischen und rechtlichen Beziehungen können weit intensiver sein als diplomatische Beziehungen, wenn und weil sie keine Auslandsbeziehungen sind. Sollte die Mehrheit der Bürger in einem der beiden Teile in freier Entscheidung die dauernde Trennung wünschen, so wäre dies vom jeweils anderen Teil zu respektieren. Ohne diese Voraussetzungen dagegen würde ein bloßer Botschafteraustausch lediglich die endgültige Trennung zweier verfeindeter deutscher Staaten völkerrechtlich fixieren und wäre damit der Sicherung des Friedens nicht dienlich. Er böte keine Garantie dafür, daß sich die heute bestehenden Spannungen mindern und der Umfang miteinander menschlicher wird.
- b) So groß auch die Schwierigkeiten sind, so wird schließlich doch der freie Wille der Bürger für eine politische Gemeinschaft der Deutschen den Ausschlag geben. Inzwischen hat jeder, der heute in Deutschland politische Verantwortung trägt, die Pflicht, sich bei jeder politischen Handlung zu fragen, ob er damit auch bei den Menschen im andern Teil Deutschlands Verständnis und Zustimmung finden kann. Er wird sie um so eher finden, je mehr er auf dem Boden der Grundwerte aller Deutschen handelt und damit Aufgaben in Angriff nimmt, die im Interesse aller Deutschen liegen. Sie wird ihm um so weniger zuteil werden, je mehr er sich der Verketzerung des Gegenübers, der Propaganda und politischer Ansprüche bedient, mit denen jeweils einer der beiden Teile meint, allein die Interessen und die wahre Meinung aller Deutschen vertreten und die legitimen Ziele der Nation verfolgen zu können.
- c) Die Deutschen sollten die Nöte und Chancen im jeweils anderen Teil nüchtern miterkennen, mitbedenken und mittragen. Dazu sollten sie alle Mittel der eigenen Orientierung durch Reisen, Kontakte und Information ausschöpfen. Gerade die Erkenntnis, daß die Deutschen am Beginn eines vermutlich langen Weges zu Koexistenz und Kooperation stehen, sollte ihnen die Gelassenheit geben, Zustände vorurteilsfrei zu sehen und zu beurteilen, die ihnen fremdartig und zum Teil unannehmbar erscheinen. Sie sollten sich nicht in gegenwärtig unlösbaren internen Gegensätzen verstricken, sondern sich wechselseitig den Blick für die gemeinsamen Aufgaben gegenüber den Nachbarnationen und der Welt weiten und damit zur Sicherung des Friedens beitragen. So sollten sie den langen Mut gewinnen, den sie auf ihrem Weg in eine gemeinsame Zukunft nötig haben.